Synopse

Teilrevision Ombuds- und Datenschutzgesetz

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BGS-Nummern)

Neu: –
 Geändert: **156.1** | 157.1
 Aufgehoben: –

Geltendes Recht	[M05] 004 Ergebnis 1. Lesung RR vom 18. Februar 2025
	<p>Gesetz über die Ombudsstelle (Ombudsgesetz)</p>
	<p><i>Der Kantonsrat des Kantons Zug,</i> gestützt auf § 41 Abs. 1 Bst. b der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) vom 31. Januar 1894[BGS 111.1], <i>beschliesst:</i></p>
	<p>I.</p>
	<p>Der Erlass BGS 156.1, Gesetz über die Ombudsstelle (Ombudsgesetz) vom 27. Mai 2010 (Stand 3. Mai 2014), wird wie folgt geändert:</p>
<p>Gesetz über die Ombudsstelle (Ombudsgesetz)</p>	
<p>vom 27. Mai 2010</p>	
<p><i>Der Kantonsrat des Kantons Zug,</i></p>	
<p>gestützt auf § 41 Bst. b der Kantonsverfassung[BGS 111.1],</p>	<p>gestützt auf § 41 Bst. b § 41 Abs. 1 Bst. b der KantonsverfassungVerfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) vom 31. Januar 1894[BGS 111.1],</p>
<p><i>beschliesst:</i></p>	

Geltendes Recht	[M05] 004 Ergebnis 1. Lesung RR vom 18. Februar 2025
<p>§ 4 Finanzielles</p> <p>¹ Der Kanton trägt die Kosten der Ombudsstelle und der von ihr beigezogenen Sachverständigen und Dritten.</p> <p>² Die Ombudsstelle erstellt ein eigenes Budget und leitet es an den Regierungsrat zuhanden des Kantonsrats weiter. Der Regierungsrat kann dem Kantonsrat einen davon abweichenden Antrag vorlegen.</p> <p>³ Die Ombudsperson vertritt das Budget der Ombudsstelle im Kantonsrat.</p> <p>⁴ Die Ombudsstelle verfügt im Rahmen ihres Budgets über eigene Ausgabenbefugnisse.</p>	<p>² Die Ombudsstelle erstellt ein eigenes Budget und leitet es an den Regierungsrat zuhanden des Kantonsrats weiter. Der Regierungsrat kann <u>sich gegenüber dem Kantonsrat einen davon abweichenden Antrag vorlegendazu äussern.</u></p>
<p>§ 18 Übergangsbestimmung</p> <p>¹ Die Wahl der Ombudsperson und der Stellvertretung untersteht bis am 31. Dezember 2014 bisherigem Recht.</p> <p>² Die bisherige Ombudsperson und die bisherige Stellvertretung können vom Kantonsrat unter Wahrung des Besitzstands für die Amtsperiode 2015–2018 nach neuem Recht gewählt werden.</p> <p>³ ...</p>	<p>§ 18 Aufgehoben.</p>
<p>§ 19 Änderung bisherigen Rechts[Die Änderungen sind bei den entsprechenden Erlassen publiziert.]</p>	<p>§ 19 Aufgehoben.</p>
<p>§ 20 Referendum, Inkrafttreten</p> <p>¹ Dieses Gesetz unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss § 34 der Kantonsverfassung.</p> <p>² Es tritt nach unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist oder nach Annahme durch das Volk auf den vom Regierungsrat zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft[In-Kraft-Treten am 4. August 2010].</p>	<p>§ 20 Aufgehoben.</p>

Geltendes Recht	[M05] 004 Ergebnis 1. Lesung RR vom 18. Februar 2025
	II.
	Der Erlass BGS 157.1 , Datenschutzgesetz (DSG) vom 28. September 2000 (Stand 1. September 2020), wird wie folgt geändert:
Datenschutzgesetz (DSG)	
vom 28. September 2000	
<i>Der Kantonsrat des Kantons Zug,</i>	
gestützt auf § 41 Abs. 1 Bst. b der Kantonsverfassung[BGS 111.1],	gestützt auf § 41 Abs. 1 Bst. b der <u>Kantonsverfassung</u> <u>Verfassung des Kantons Zug</u> (Kantonsverfassung, KV) vom 31. Januar 1894[BGS 111.1],
<i>beschliesst:</i>	
<p>§ 18c Budget</p> <p>¹ Die Datenschutzstelle erstellt ein eigenes Budget und leitet es an den Regierungsrat zuhanden des Kantonsrats weiter. Der Regierungsrat kann dem Kantonsrat einen davon abweichenden Antrag vorlegen.</p> <p>² Die oder der Datenschutzbeauftragte vertritt das Budget der Datenschutzstelle im Kantonsrat.</p> <p>³ Die Datenschutzstelle verfügt im Rahmen ihres Budgets über eigene Ausgabenbefugnisse.</p>	<p>¹ Die Datenschutzstelle erstellt ein eigenes Budget und leitet es an den Regierungsrat zuhanden des Kantonsrats weiter. Der Regierungsrat kann <u>sich gegenüber dem Kantonsrat einen davon abweichenden Antrag vorlegendazu äussern.</u></p>
<p>§ 26 Anpassung an das neue Recht</p> <p>¹ ...</p> <p>² Folgende Gesetze werden wie folgt geändert:</p> <p>a) ...</p>	<p>§ 26 Aufgehoben.</p>

Geltendes Recht	[M05] 004 Ergebnis 1. Lesung RR vom 18. Februar 2025
b) Gesetz über die Veröffentlichung der Gesetze und das Amtsblatt des Kantons Zug vom 29. Januar 1981[GS 22, 19 (BGS 152.3)].	
<p>§ 26a Übergangsbestimmung</p> <p>¹ Die Wahl der oder des Datenschutzbeauftragten durch den Kantonsrat erfolgt erstmalig für die Amtsperiode 2015–2018.</p> <p>² Die Anstellung der oder des Datenschutzbeauftragten untersteht bis am 31. Dezember 2014 bisherigem Recht.</p> <p>³ Die oder der bisherige Datenschutzbeauftragte kann vom Kantonsrat unter Wahrung des Besitzstandes für die Amtsperiode 2015–2018 nach neuem Recht gewählt werden.</p>	<p>§ 26a Aufgehoben.</p>
<p>§ 27 Inkrafttreten</p> <p>¹ Dieses Gesetz tritt nach unbenützter Referendumsfrist (§ 34 der Kantonsverfassung) oder nach der Annahme durch das Volk am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft[Inkrafttreten am 9. Dezember 2000].</p>	<p>§ 27 Aufgehoben.</p>
	III.
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>
	IV.
	Diese Änderungen treten nach unbenützter Referendumsfrist (§ 34 Abs. 2 der Kantonsverfassung[BGS 111.1]) oder nach der Annahme durch das Stimmvolk am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft[Inkrafttreten am ...].
	Zug, ... Kantonsrat des Kantons Zug Der Präsident Stefan Moos

Geltendes Recht	[M05] 004 Ergebnis 1. Lesung RR vom 18. Februar 2025
	Der Landschreiber Tobias Moser Publiziert im Amtsblatt vom